

Inserate werden angenommen in Bosen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Gul. Ad. Schick, Hoflieferant, Gr. Berber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Heikich, in Simna J. Neumann, Wilhelmplatz 8. Verantwortliche Redakteure: F. Hachfeld für den politischen Theil, A. Beer für den übrigen redaktionellen Theil, in Bosen.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Bolen bei unjeren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Rub. Rosse, Kaanlein & Fogler A.-G., G. L. Danbe & Co., Invalidentenk. Verantwortlich für den Injeratenthcil: J. Klugkist in Bosen.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Bl. 170

Mittwoch, 8. März.

1893

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochenttäglich drei Mal, am Sonnt. und Feiertagen folgende Tage jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4.50 M. für die Stadt Bosen, 5.25 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate, die sechsgepaltenen Beitzelle über drei Zeilen in der Morgenausgabe 30 Pf., auf der letzten Seite 50 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an besondern Stellen entwerfend höher, werden in der Probeweile für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 6 Uhr Nachm. angenommen.

Deutscher Reichstag.

60. Sitzung vom 7. März 1 Uhr.

Tagesordnung: Zweite Beratung des Etats für die Verwaltung der kaiserlichen Marine. Die Beratung beginnt bei der Position: Gehalt des Staatssekretärs.

Nachdem Abg. **Frisen** kurz über Verhandlungen der Budgetkommission referirt, empfiehlt

Abg. **v. Senf** (konj.) unsere brave Marine der Fürsorge des Reichstages. Unsere Marine, welche so recht die Reichseinheit und Kraft des Reiches repräsentirt, müsse derart ausgebaut werden, daß sie den Reib und die Bewunderung der Welt erzeuge. Auf die Küstenverteidigung dürften wir unsere Flotte nicht beschränken, vielmehr müsse dieselbe in der Lage sein, durch Offensivstöße fremden Kriegsschiffen das Verweilen vor unseren Häfen zu verleiden. Im nächsten Kriege werde wahrscheinlich die Mitwirkung der Marine sehr notwendig werden, denn es sei keineswegs anzunehmen, daß unser Landheer wieder wie 1870 von Sieg zu Sieg schreiten werde. Man möge also alle vorgeschlagenen Schiffsbauten bewilligen. Redner schließt: Bewilligen Sie rechtzeitig, was im Falle der Noth mit Milliarden nicht zu beschaffen ist. (Beifall rechts.) Die Position wird bewilligt.

Bei dem Kapitel: Rechtspflege werden statt der geforderten 6 Auditeurstellen nur 5 bewilligt und demgemäß 4130 M. abgeleht.

Bei dem Kapitel: Geldverpfllegung der Marinetheile (Maschinen-Ingenieure) werden statt 10 nur 9 Maschinen-Ober-Ingenieure bewilligt und demgemäß 600 M. abgeleht.

Bei der Matrosenartillerie-Abtheilung beantragt die Budgetkommission, die vorgeschlagene Mannschaftszumehrung nicht voll zu bewilligen und demgemäß von der in Ansatz gebrachten Summe 49764 M. abzusetzen, mithin statt 591332 M. nur 541568 M. zu bewilligen.

Die Abg. **Sohn** u. Gen. (konj.) beantragen die volle Bewilligung, für welche sich auch Vize-Admiral **Sollmann**, sowie die Abgg. **v. Senf**, **Scipio** und **Dr. Vogens** erklären. Im Gegensatz zum Beschluß der Budgetkommission wird die Forderung ganz bewilligt.

Bei dem Kapitel: Betrieb der Flotte gelangt folgende von der Budgetkommission beantragte, die Kohlenlieferung betreffende Resolution mit zur Verhandlung: Zu erklären, daß die Marineverwaltung bei dem in der übergebenen Denkschrift geschilderten Bezug von Kohlen den gebotenen finanziellen und wirtschaftlichen Rücksichten entsprechend gehandelt habe. (In der Denkschrift wird dargelegt, daß die Marineverwaltung auf die offerirte westfälische Kohle verzichtet müssen, weil die englischen Kohlen billiger zu haben gewesen seien. In einer Nachofferte hätten die westfälischen Bechen allerdings die ursprünglich für Schiffsmaschinenkohlen geforderten Preise von 12.50 M. bezw. 12 M. auf 11 M. und endlich auf 9 M. ermäßigt, aber da habe man bereits mit den englischen Werken abgeschlossen gehabt.)

Abg. **Dr. Hammacher** (natl.) verteidigt die Loyalität der westfälischen Bechen. Die verschiedenen Preisofferten erklärten sich aus den damaligen Schwankungen der Kohlenpreise. Er hoffe, die Marineverwaltung werde künftig wieder Kohlen in Westfalen bestellen.

Staatssekretär **Sollmann** konstatiert, zunächst zu seiner Genehmigung, daß sein Verhalten in der Kohlenfrage in der Kommission nahezu vollständige Zustimmung gefunden habe. Die Bechen hätten eigentlich Anlaß gehabt, die Sache gar nicht an die Öffentlichkeit zu bringen; aber er sei es nicht gewesen, der sie in der Kommission zur Sprache gebracht. Würde er auf die theuere Offerte der westfälischen Bechen eingegangen sein, so hätte er die Verwaltung um 300 000 M. geschädigt, die sie anderweit sehr gut verwenden könne. Eigentümlicher Weise seien die westfälischen Kohlen in Holland billiger als in Hamburg. (Hört, hört!) Man habe im preussischen Abgeordnetenhause von der Nothwendigkeit der nationalen Industrie gesprochen, aber solle sich die Marineverwaltung die Kohlen verschauern lassen? Weshalb solle gerade die Marineverwaltung die Kohle der meklednen Kuh spielen?

Abg. **Bebel** meint, Herr Hammacher könne ebenso gut einen Mohren weiß waschen, als die westfälischen Bechen von dem Vorwurf der Unrealität befreien. Die Marineverwaltung habe ganz korrekt gehandelt. Wenn es sich vielleicht um eine Preisdifferenz von einer Mark per Tonne gehandelt hätte, so wäre die inländische Industrie zu bevorzugen gewesen, aber eine Preisdifferenz von über 3 Mark sei unrettbar. Durch das neue Kohlsyndikat, das die Preise hochhalten wolle, werde die Sache jedenfalls nicht verbessert. Es sei notwendig, daß der Staat die Auswüchse der Ringbildungen beseitige. Die Dinge verfolgten doch nur den Zweck, den Profit der Kapitalisten zu erhöhen und die kleinen Leute zu verschlingen.

Abg. **Dr. Hammacher** freut sich, daß auch der Abg. **Bebel** in erster Linie die einheimischen Werke zu Lieferungen herangezogen wissen wolle. Daß die letzte billige Offerte der westfälischen Bechen nicht acceptirt worden sei, findet Redner unbegreiflich. Das Kohlsyndikat bezwecke bloß eine Regelung der Produktion und werde in erster Linie der Arbeiterschaft zu Gute kommen.

Abg. **Graf Kanitz** (konj.) ist ebenfalls dafür, daß die inländische Produktion in erster Linie berücksichtigt werde. Dem Kohlsyndikat müsse wegen etwaiger Preistreiberi scharf auf die Finger gesehen werden. Letzteres wünscht auch

Abg. **Brömel** (Hr.), welcher meint, daß ein Verhalten, wie es die Marineverwaltung befehle, abkühlend auf etwaige Preistreiberien der Syndikate wirken werde.

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso nahezu einstimmig die oben mitgetheilte Resolution.

Bei dem Kapitel: Instandhaltung der Flotte und der Werftanlagen spricht

Abg. **Dr. Girth** (Hr.) seine Befriedigung darüber aus, daß nach einer Erklärung des Staatssekretärs in der Kommission künftig von der Bestimmung, daß auf den Werften Arbeiter über vierzig Jahre nicht angenommen werden dürfen, Abstand genommen werden und nur noch die Leistungsfähigkeit entscheidend sein soll. Damit werde eine Praxis beseitigt, die in weiten Arbeiter-

kreisen große Entrüstung erregt habe. Da die kaiserlichen Werften zu denjenigen Staatsanstalten gehörten, bei denen die Interessen der Arbeiter am meisten berücksichtigt würden, dürfe man wohl von derselben auch eine Förderung der Arbeiterstatistik erwarten.

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso ohne Debatte der Rest der dauernden Ausgaben.

Bei den einmaligen Ausgaben (neue Schiffsbrücke) vertritt sich das Haus.

Präs. **v. Lebedow** schlägt vor, morgen 1 Uhr die Beratung des Marine- etats fortzusetzen.

Abg. **Graf v. Ballestrem**: Meine Herren! Ich begreife zwar vollständig, daß der Herr Präsident von seinem Standpunkt aus die Beratung des Etats zu fördern gedenkt. Jedoch ist morgen Mittwoch; das ist der Tag, der geschäftsordnungsmäßig für Initiativanträge reservirt ist, und ich möchte den Herrn Präsidenten bitten, den Mittwoch morgen seiner Bestimmung gemäß zu verwenden. Die Gründe, die mich dazu veranlassen, sind die, daß meine Freunde und ich einen Antrag eingebracht haben, von dem wir sehr wünschen, daß er noch vor Ostern zur Beratung kommt. Wir wissen nun sehr wohl, daß er morgen noch nicht kommen kann, weil noch andere Initiativanträge vor ihm stehen, welche die Priorität haben, jedoch hoffen wir, daß er, wenn morgen diese Initiativanträge erledigt würden, morgen über 8 Tage kommen könnte. Meine Freunde und ich legen sehr hohen Werth darauf und ich habe geglaubt deshalb an den Herrn Präsidenten die Bitte richten zu sollen, daß er morgen die Initiativanträge auf die Tagesordnung setze, die daran sind.

Abg. **Frhr. v. Mantuffel** (konj.) bittet, es beim Vorschlage des Präsidenten zu belassen. Die Hauptsache sei jetzt, daß die zweite Beratung des Etats beendet werde. Dem Wunsche des Vorredners könne vielleicht dadurch Rechnung getragen werden, daß die übrigen Antragsteller auf die Priorität ihrer Anträge verzichteten.

Abg. **Graf v. Ballestrem**: „Meine Herren! Die Voraussetzung des verehrten Herrn Kollegen Frhr. v. Mantuffel trifft nicht zu. Ich habe mir Mühe gegeben, die Priorität für meinen Antrag zu erlangen, allein die Herren, welche vor mir stehen, haben nicht geglaubt, dieser meiner Bitte Erfüllung zuzugestehen zu können, und deshalb kommt er nicht vor Ostern, wenn morgen kein Schwerinstag gehalten wird. In Folge dessen wiederhole ich nochmals die Bitte an den Herrn Präsidenten, er wolle für morgen die Initiativanträge auf die Tagesordnung nehmen.“

Abg. **Schmidt-Elberfeld** (Hr.) schließt sich dem Vorschlage des Präsidenten an. Dem Jesuiten-Antrag des Zentrums gingen noch die freisinnigen Anträge betreffend die Berufung, das Wahlverfahren und die Berufsvereine voran und seine Freunde hätten nicht die Absicht, ihre Anträge zu Gunsten des Zentrumsantrages zurückstellen zu lassen.

Präs. **v. Lebedow**: Nicht nur meine Pflicht, sondern auch die des Reichstags ist es, zunächst den Etat zu erledigen. Deshalb glaube ich, Sie bitten zu müssen, meinem Vorschlage beizutreten, und morgen die Etatsberatung fortzusetzen.

Die gewöhnliche Abstimmung über den Antrag des Abg. Grafen v. Ballestrem, morgen einen „Schwerinstag“ abzuhalten, bleibt zweifelhaft. Es stimmen für den Antrag Zentrum, Polen und Sozialdemokraten. Es wird zum „Sammelsprung“ geschritten. Derselbe ergibt die Anwesenheit von nur 137 Mitgliedern. Davon stimmen 76 mit Nein, 61 mit Ja. Der Präsident konstatiert die Beschlussfähigkeit des Hauses. Es bleibe demnach bei seinem Vorschlage. Schluß nach 5 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

47. Sitzung vom 7. März, 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht der Etat der An siedelungs-Kommission.

Dazu liegt ein Antrag v. **Carlinski** vor, die Regierung zu ersuchen, möglichst noch im Laufe dieser Session einen Gesetzentwurf über die Aufhebung des An siedelungs-gesetzes einzubringen.

Abg. **v. Carlinski** (Pole): Trotz allen Widerspruch der Regierung müssen wir bei der Behauptung bleiben, daß es sich bei der An siedelungspolitik nicht bloß um Germanisirung, sondern auch um Protestantisirung handelt. Denn kaum ist ein Gut besiedelt, so geht man auch schon an die Gründung einer evangelischen Schule. Die An siedelungskommission ist nichts anderes als eine Versorgungsanstalt für banterotte deutsche Landwirthe. Die Verhandlungen in der Budgetkommission haben auf mich den Eindruck gemacht, daß man das ganze Gesetz satt habe, namentlich, da wir jetzt das Rentengütergesetz haben. Es ist Niemand zufrieden außer den angestellten Beamten. Mit der Einbringung unseres Antrages glauben wir dem Hause nicht den schlechtesten Dienst erwiesen zu haben. Der Verwaltungsapparat der An siedelungskommission ist kostspielig, und die Erträge sind so gering, daß der jährliche Abschluß ein Defizit aufweist. Von agrarisch-sozialpolitischem Gesichtspunkte muß die An siedelungspolitik verworfen werden, denn sie trägt nicht zu einer Beschäftigung von Arbeitern bei, da die heimische polnische Bevölkerung von der Theilnahme an der Besiedelung ausgeschlossen wird. Auch das Größenverhältniß in der Verteilung des Grund und Bodens ist ein ungesund, da diese lediglich von national-politischem Gesichtspunkte aus erfolgt. Die Thätigkeit der An siedelungskommission hat eine gewisse Begehrlichkeit bei den Inhabern von An siedelungsgütern erzeugt, da immer mehr und mehr maßlose Ansprüche an den Staat gestellt werden. Das zeigen verschiedene Petitionen, in denen um Ermäßigung der Rente, Uebernahme der Drainagekosten u. s. w. auf den Staat gebeten wird. Wir hoffen von der Regierung, daß sie den richtigen Weg finden wird, um das Gesetz zu beseitigen, und bitten daher um Annahme der Resolution. (Beifall bei den Polen und im Centrum.)

Abg. **Sombart** (natl.): Da kleine Güter besser rentiren als der Großgrundbesitz, so sollten in Polen und Westpreußen von der An siedelungskommission nur kleinere Stellen etabliert werden; wir

haben dort bereits genug Großgrundbesitz. Die Verzeilung der Gutsbezirke ist ein großer Vorzug des An siedelungsgesetzes wie des Rentengütergesetzes. Der Vorwurf, daß die An siedelungskommission eine Versorgungsanstalt für banterotte deutsche Landwirthe sei, enthält eine ebenso starke wie unberechtigte Kritik. Es ist erfreulich, daß das Vermögen der An siedler von Jahr zu Jahr wächst. Ich spreche meine Befriedigung über die bisherigen Resultate aus und wünsche, daß von Jahr zu Jahr mehr An siedler dorthin gehen.

Minister **v. Seyden**: Es liegt keine Veranlassung vor für die Staatsregierung, Stellung zu nehmen zu einer Aufhebung des An siedelungsgesetzes, bevor das Haus sich zu dieser Frage nicht schlüssig gemacht hat. Es handelt sich nicht um ein Kampfgesetz gegen die Polen, sondern lediglich um die Stärkung des Deutschtums. Die Polen sollen nicht von der Besiedelung ausgeschlossen werden, denn von dem Rentengütergesetz können sie ebenso Gebrauch machen wie die Deutschen. Auch eine Protestantisirung ist nicht beabsichtigt. Wenn man Gemeinden nach der Konfession ihrer Mitglieder vereinigt, so wird dieser Grundfaß wohl gebilligt werden. Wenn wir neue bürgerliche Gemeinden schaffen, so werden diese einen Kristallisationspunkt für kleinere An siedelungen bieten, und es wird damit auch zur Lösung der Arbeiterfrage beigetragen. Daß ein Gesetz mit den zur Verfügung stehenden Geldmitteln günstig auf das Land wirken muß, liegt auf der Hand. Eine Beseitigung des Großgrundbesitzes bezweckt unsere Politik nicht. Mit seinem Vorwurf über die banterotten Landwirthe hat Abg. v. **Carlinski** wohl nur gemeint, daß in der Zwischenzeit bis zur Besiedelung banterotte deutsche Landwirthe zu Verwaltern eingeleitet werden. Ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß das oft vorkommt, aber wir haben auch banterotte polnische Gutsbesitzer dazu verwendet. Das ist doch kein Vorwurf für die Kommission.

Abg. **Rickert** (Hr.): Es wäre wünschenswerth, wenn ein schriftlicher Bericht vorläge. In der Kommission wurde aus den Ergebnissen des An siedelungsgebietes gefolgert, daß wir keine gute Ernte gehabt hätten, wie es in der Thronrede behauptet worden sei. Von den Erträgen eines verhältnismäßig kleinen Gebietes kann man doch nicht ein allgemeines Urtheil fällen. Bei der An siedelungsfrage ist für mich die wirtschaftliche Seite von untergeordneter Bedeutung. Aber das möchte ich hervorheben, daß hier der Punkt ist, wo gespart werden kann, viel eher als bei den Bergwerkbegleichungen. Ich erinnere mich noch der Zeit, wo wir mit dem Fürsten Bismarck im Polentampfe gerungen haben. Ich bereue nicht das ablehnende Botum gegen die grausame Polenpolitik, das ich damals abgegeben habe. Heute stimmen alle Parteien überein in der Verwerfung der Ausweisungen und der anderen Polengesetze. Auch die Staatsregierung nimmt heute einen anderen Standpunkt ein. Aber warum zieht sie nicht die Konsequenz und hebt die ganze Bismarckische Gesetzgebung auf? Wir werden den Antrag v. **Carlinski** annehmen (Unruhe und Zwischenrufe rechts). Das ist doch die Konsequenz unserer bisherigen Haltung. Die polnischen Abgeordneten haben die Verfassung beschworen, wir haben kein Recht, sie zu Parias herabzudrücken. Wir dürfen nicht nationale Verheerung treiben. Die Konservativen machen auch schon Fortschritte, sie sehen in der Unterstützung polnischer Kandidaturen keinen Vaterlandsverrath mehr. Ich fürchte den Kampf mit den Polen nicht, aber die Deutschen sind eingeschüfert; denn sie haben einen Theil ihrer Pflichten auf die Gesetzgebung abgewälzt. Wir wollen freien Wettbewerb auch auf dem Gebiet der Kultur. Daß dies Hundertmillionengesetz nicht günstig gewirkt hat, ist von den Mitgliedern aller Parteien anerkannt worden. Auch von Landwirthen wird anerkannt, daß dies Gesetz eine Art polnischer Rettungsbank ist. Wie die Sozialdemokraten durch das Sozialistengesetz groß geworden sind, so gewinnen die Polen durch das An siedelungsgesetz einen Punkt, an dem sie ihre Agitation einleien können. Kapitalträfiger sind die Polen geworden und können sich um so eifriger der national-polnischen Agitation widmen. Wer Erbitterung schafft, schadet seiner eigenen Politik; das möchte ich auch dem Ministerpräsidenten in Bezug auf die Bestätigungsfrage sagen. Das Rentengütergesetz steht in direktem Widerspruch mit diesem Gesetz. Zu erwägen wird sein, ob das Gesetz nicht in ein sozialpolitisches verwandelt werden kann. Hat man einen politischen Fehler gemacht, dann muß man dies durch die That offen anerkennen. Nehmen Sie dem Gesetz den Stachel; das ist der Wunsch, mit dem ich meine kurzen Auseinandersetzungen schließe. (Lachen rechts.) Verwandeln Sie das Kampfgesetz in ein Gesetz, das zur Versöhnung führt. (Lebhafte Beifall links und im Centrum.)

Ministerpräsident **Graf Eulenburg**: Niemand hat bestritten, daß dies Gesetz ein politisches ist, aber allerdings sind wir außerordentlich zufrieden, daß das Gesetz so ausgeführt ist, daß es auch sozialpolitisch gewirkt hat. Auch Abg. **Rickert** konnte nicht ablegen, daß ein Kampf zwischen Polen- und Deutschtum stattgefunden. Ich kann ihm jedoch darin nicht folgen, daß die Deutschen in diesem Kampf nicht unterstützt werden dürfen. Die Erfahrungen haben bewiesen, daß die polnische Nationalität sich weiter verbreitet auf Kosten des Deutschtums. Die Unterthanen polnischer Nationalität zu Staatsbürgern zweiter Klasse macht. In welchen Richtungen werden Sie dann beschränkt? Aus allen diesen Gründen bitte ich Sie, die Resolution abzulehnen. (Beifall rechts, Zischen bei den Polen.)

Abg. **Seer** (nl.) bittet, das Schreibwerk in der An siedelungs-Kommission zu verringern.

Abg. **v. Brodnicki** (Pole) bezeichnet das Gesetz als *skrajny* Gesetz. Die Bestimmung, daß kein An siedler sein Gut an einen Polen weiter verkaufen dürfe, bewirke, daß sich die An siedler bei der Kommission durch polenfeindliche Stellungnahme beliebt zu machen suchten. Das Gesetz sei also cynisch. (Vizepräsident **Frhr. v. Seere** man rügt diesen Ausdruck.) Das Gesetz müsse Aus-

druck des Rechts sein, dies Gesetz sei jedoch Ausdruck des kräftigsten Unrechts.

Abg. v. **Tiedemann-Labischin** (frk.) führt aus, daß die Ausführungen der polnischen Redner viel zu weit gingen. Der politische Begehr nach dem Gesetz habe sich längst verloren.

Abg. **Dr. Bachem** (Str.): Wir werden für den Antrag Zarlinkski stimmen. Wie die Dinge liegen, wäre es eigentlich an der Staatsregierung, mit dem Antrag auf Aufhebung des Gesetzes zu kommen. Nach dem vorliegenden Bericht erscheint es zweifelhaft, daß man sich nicht bloß auf die Sicherung des deutschen Besitzstandes beschränkt, sondern auch in durchaus polnische Bezirke einzubringen sucht.

Abg. **Frhr. v. Erffa** (kons.): Das Gesetz hat durchaus keinen Kampfescharakter. Die Ansiedelungskommission hat die ihr gesteckten Grenzen durchaus nicht überschritten. Bezeichnender Weise befindet sich unter den Kolonisten auch nicht ein einziger Jude. Wo es sich darum handelt, durch körperliche Anstrengungen sein Brot zu erwerben, ist kein Jude da.

Abg. **Neufirch** (fr.): Die Regierung wird gut thun, das unselige Gesetz sobald als möglich aufzuheben. Dasselbe hat nur dazu gebildet, die Polen unnötigerweise zu verbittern; denn sie stehen der Ansiedelungskommission bei Westem ungünstiger gegenüber als die Deutschen.

Nachdem noch Abg. **Knebel** (nl.) gegen den Antrag Zarlinkski gesprochen hat, wird dieser Antrag gegen die Stimmen des Zentrums, der Freisinnigen und der Polen abgelehnt.

Der Etat der Ansiedelungs-Kommission, sowie das Statutgesetz werden genehmigt.

Zu letzterem bemerkt Finanzminister **Dr. Miquel**: Wir haben jetzt keine eigentlichen Betriebsfonds. Dieselben haben wir auch nicht nötig, weil wir noch immer von den großen Anleihen zehren können. Aber wir wollen mit diesem Anleihebestande aufhören. Deshalb bitte ich um die Ermächtigung, Schatzanweisungen ausgeben zu dürfen.

Damit ist die zweite Lesung des Stats erledigt. Die Vorlage betr. die Aufhebung der Frankfurter Medizinalordnung wird nach kurzer Befürwortung durch den Abg. **Dr. Graf-Elberfeld** in erster und zweiter Lesung genehmigt.

Bei Verathung der Denkschrift über den Bau der Wasserstraßen stellt der Abg. **Schöller** (fr.) den Antrag, bei der künftigen Denkschrift eine Uebersicht von der Regierung zu erfordern über die vollendeten und noch zu vollendenden Wasserbauten, soweit dieselben bewilligt sind. Der Antrag wird angenommen, die Denkschrift durch Kenntniznahme erledigt.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr (dritte Statsberatung).

Deutschland.

□ **Berlin**, 7. März. Ueber das polnische Ansiedelungsgesetz ist heute im Abgeordneten-hause heiß gestritten worden. Der Abg. v. **Zarlinkski** beantragte schlechweg die Aufhebung des Gesetzes, und die Begründung dieser radikalen Forderung geschah mit all dem Aufwand von Pathos, über den die polnischen Redner verfügen, wenn es national-polnischen Fragen gilt. Man kann es den Polen ja nicht verdenken, daß sie Gegner des Ansiedelungsgesetzes sind. Es ist gegen sie gerichtet, direkt wie indirekt, und wenn der Ministerpräsident **Graf zu Eulenburg** meinte, das Gesetz wolle nicht das Polenthum bekämpfen, sondern nur das Deutschtum stärken, so läßt sich das ja als geschickte, veröhnliche Formulierung hören, aber ganz zutreffend ist es nicht. Die Ansiedelungskommission arbeitet nun einmal auf die Verdrängung der polnischen Bevölkerung hin, und jedes polnische Gut, das sie zu deutschen Bauernstellen zerschlägt, bedeutet einen Riß in die Stärke des Polonismus. Auf der anderen Seite können die Polen nicht behaupten, daß ihnen Gewalt angethan werde. Niemand ist verpflichtet, seinen Besitz zu verkaufen, und der Verlockung durch das Geld des preußischen Staates wird ja nach Möglichkeit entgegengearbeitet, indem die Polen sich eine Organisation zur Stärkung des polnischen Grundbesitzes, wohl gar zum Ankauf deutscher Güter, geschaffen haben. Ueber das Ansiedelungsgesetz ließe sich nach Alldem ganz leidenschaftlos reden; der Prozeß, den dies Gesetz fördern will, vollzieht sich trotz seiner politischen Grundtendenz in den loyalsten Formen von Vergewaltigung, von Unterdrückung darf mit Fug und Recht keinesfalls gesprochen werden. Die meisten Redner in der heutigen Debatte des Abgeordnetenhauses wären wohl geneigt gewesen, die Sache ruhig und objektiv zu behandeln, wenn nicht die Herren v. **Zarlinkski** und v. **Brodnicki** einen Brand in die Debatte geworfen hätten. Die Zustimmung der Freisinnigen und des Zentrums zum Antrag **Zarlinkski** kann eigentlich nur dort Wunder nehmen, wo man sich nicht mehr erinnert, daß beide Parteien von Anfang an gegen diese Art von Germanisirung gewesen sind. Allerdings hatte bis dahin die Abneigung namentlich der Freisinnigen gegen das Ansiedelungsgesetz kaum einen so scharfen Ausdruck gefunden wie heute durch den Abg. **Kickert**.

F. H. C. Berlin, 7. März. Die Ablehnung des bimetalistischen Antrages im englischen Unterhause mit 229 gegen 148 Stimmen ist in der jüngsten Währungsdebatte im preußischen Abgeordneten-hause von den Anhängern der Doppelwährung als ein Erfolg ihrer Sache gefeiert worden; in der anscheinlichen Minderheit, die für den Antrag gestimmt hat, wollte man einen deutlichen Beweis für das Anwachsen bimetalistischer Ueberzeugungen in England erblicken. Der Londoner „Economist“ behandelt den Antrag und die darüber geführte Debatte in einem Artikel, welcher die völlige Haltlosigkeit gerade dieser Schlussfolgerung darthut. Nach dem Antrage sollte das Unterhaus, angesichts des wachsenden Werthunterschiedes zwischen Gold und Silber und der daraus hervorgehenden Uebelstände, die Regierung dringend auffordern, ihren ganzen Einfluß aufzubieten, um den Wiederzusammentritt der Münzkonferenz herbeizuführen, und den britischen Vertretern die Nothwendigkeit klar zu machen, im Einvernehmen mit anderen Nationen irgend eine wirkliche Abhilfe ausfindig zu machen. Dem Antrage lag also offenbar die Insinuation zu Grunde, daß die britischen Vertreter bisher nicht genügend an der Lösung der der Münzkonferenz gestellten Aufgabe mitgearbeitet hätten, und im Laufe der Debatte wurde diese Insi-

nuation sogar zu der Anklage gesteigert, daß die britischen Vertreter durch ihre Haltung die Konferenz gesprengt hätten. Hierüber bemerkt der „Economist“:

„Es ist nicht schwer zu verstehen, weshalb die Bimetallisten so eifrig die Schuld an dem Mißerfolge der Konferenz irgend Jemandem in die Schuhe schieben wollen. Gäben sie zu, daß die Verhandlungen resultatlos geendet haben, weil man in keiner Weise auf das Zustandekommen einer allgemeinen Vereinbarung hoffen durfte, so würden sie damit auch zugeben, daß ihr Traum einer internationalen Doppelwährung unerfüllbar ist. Das wollen sie natürlich durchaus nicht thun, aber ihre Abneigung, die erstlittene Niederlage einzugehen, ist noch keine Rechtfertigung dafür, daß sie gegen unsere Vertreter Vorwürfe vorbrachten, deren Grundlosigkeit ihnen wohl bekannt war. Durch ihr Vorgehen am letzten Dienstag haben sie bewiesen, daß sie sich vollkommen der Thatsache bewußt sind, daß das Parlament keine Abweichung von der reinen Goldwährung billigen wird. Sie sprachen stundenlang über Bimetallismus, behaupteten aber allesammt, daß es sich hierbei für das Haus gar nicht um die Frage des Bimetallismus handle. Und weshalb? Weil sie wußten, daß sie, wenn sie eine direkte Abstimmung über diese Frage herausfordern, in einer lächerlichen Minderheit geblieben sein würden.“

Der „Economist“ hat in seinem Artikel die deutschen Verhältnisse nicht berücksichtigt, sonst würde ihm nicht entgangen sein, daß genau dieselbe Taktik, welche die englischen Bimetallisten im Unterhause beobachtet haben, auch die deutschen Bimetallisten in den deutschen Parlamenten eingeschlagen haben. Im Reichstage haben sie eine Interpellation eingebracht, welche von der völlig haltlosen Hypothese ausging, daß die deutschen Vertreter bei ihrem Verhalten auf der Brüsseler Konferenz vielleicht gegen die ihnen von der Reichsregierung ertheilten Instruktionen gehandelt hätten; ja die Aehnlichkeit der Taktik geht noch weiter, denn im Reichstage haben die Wortführer der deutschen Bimetallisten ihrerseits die Schuld an dem Mißerfolge der Konferenz in erster Linie den deutschen Vertretern zugeschoben. Im preussischen Abgeordneten-hause forderte man später nur neue Ermittlungen über das Vorkommen der beiden Edelmetalle. In beiden Parlamenten haben sich aber die deutschen Bimetallisten wohl davor gehütet, einen Antrag einzubringen, um die deutsche Regierung direkt zum Eintreten für eine internationale Doppelwährung aufzufordern, weil sie sich eben auch bewußt waren, daß sie damit unfehlbar in der Minorität bleiben würden.

Auch die Schlussfolgerungen des „Economist“ sind beachtenswerth.

„Die Regierung wurde aufgefordert,“ schreibt er, „Schritte zur Wiedereinberufung der Konferenz zu thun, obwohl weder sie noch die Bimetallisten derselben irgend etwas unterbreiten können, und doch bestand, als die Vertagung stattfand, Uebereinstimmung darüber, daß es, wenn nicht ein praktischer Vorschlag beigebracht würde, reine Zeitverschwendung sein würde, die Delegirten noch einmal zusammenzubringen. Herr Gladstone kann man dazu, daß er es nachdrücklich ablehnt, etwas so Höfliches zu thun, nur beglückwünschen, und es kann nach der Debatte am letzten Dienstag als sicher angenommen werden, daß jeder Gedanke an einen Wiederzusammentritt der Konferenz jetzt aufgegeben werden wird. Und es ist gut, daß dem so ist, wenn auch nur aus dem Grunde, daß die neue Regierung der Vereinigten Staaten nunmehr wissen wird, daß sie mit den Schwierigkeiten der Silberfrage selbst fertig werden muß, ohne irgend welche Mitwirkung der europäischen Mächte. In wenigen Tagen werden wir wahrscheinlich wissen, welche Politik Präsident Cleveland in der Frage einzuschlagen gedenkt; darüber Vermuthungen anzustellen, ist deshalb nutzlos. Aber soviel ist sicher, daß es für alle Vetheiligten besser ist, daß alle Illusionen betreffs der Möglichkeit einer internationalen Doppelwährung zerstört sind, und diesen Dienst hat uns jedenfalls die Dienstags-Debatte geleistet.“

Duisburg, 7. März. [Amtliches Wahlergebnis.] Bei der heute hier abgehaltenen Wahl eines Landtags-Abgeordneten an Stelle des verstorbenen Abg. **Bygen** wurde der Kandidat der Nationalliberalen **Landgerichtsrath Schneider** zu Essen gewählt.

Parlamentarische Nachrichten.

L. C. Berlin, 7. März. Die Militärkommission beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung ausschließlich mit den Vorschlägen der Vorlage, denen zufolge die sämtlichen Bataillone des niederen Stats auf den mittleren Etat und ein Theil der Bataillone von dem niederen oder mittleren Etat auf den hohen Etat gebracht werden sollen. Die Vertreter des Kriegsministers glaubten, durch Verbringung sehr detaillirter Nachweisungen die Nothwendigkeit der beabsichtigten Verstärkungen beweisen zu können. **Dr. Buhl** erklärte sich geneigt, die Verstärkung der Bataillone mit niederen Etat auf den mittleren zu bewilligen, lehnte aber alle weiteren Erhöhungen ab. Ungelebt glaubte **Abg. Hinz** die Nothwendigkeit der Verstärkung einer Anzahl von Bataillonen auf den hohen Etat im Prinzip anerkennen zu müssen. Zur Begründung seiner Auffassung stützte er sich auf die Verhältnisse, in welche diese speziell bezeichneten Bataillone im Falle einer Mobilmachung gebracht werden würden. **Abg. Richter** glaubt nicht anerkennen zu dürfen, daß derartige detaillirte organisatorische Erörterungen zu der Aufgabe der Kommission gehörten. **Abg. Richter** fügte noch eine Bemerkung hinzu, welche dahin verstanden wurde, daß ein Mitglied des Reichstags sich bei der Beurtheilung der Vorlage durch die militärische Sachverständigkeit, die ihm zufällig beizuhöhen, nicht dürfe beeinflussen lassen, worauf **Abg. Hinz** erwiderte, er betrachte es als eine Pflicht seinen Wählern und der Fraktion gegenüber zur möglichsten Klärung der Fragen, soweit es ihm auf Grund seiner Kenntniz der Verhältnisse möglich sei, beizutragen. Seitens der Konservativen sprachen die Abgeordneten **v. d. Schulenburg** und **Graf Kleist** ihre vollständige Uebereinstimmung mit den Absichten der Militärverwaltung aus. **Abg. Dr. Lieber** vermüßte jedes Entgegenkommen der Heeresverwaltung. Es scheine ihm nothwendig, daß die Heeresverwaltung jetzt endlich beginnen möge, die Stellen wenigstens anzudeuten, an welchen von ihrer Seite Abstriche für möglich gehalten würden; damit diejenigen, welche geneigt seien, der Regierung entgegenzukommen, klarer den Weg zu erkennen vermöchten, auf welchem eine Verständigung möglich werden könnte. Er für seine Person sei nicht geneigt, von seinem bisherigen Standpunkte Abstand zu nehmen. (**Dr. Lieber** muß also doch annehmen, daß andere Mitglieder des Zentrums unter gewissen Voraussetzungen zu einer Verständigung geneigt sind.)

28. Posencher Provinzial-Landtag.

Posen, 7. März.

In der heute stattgefundenen Plenarsitzung sprach der Vize-Marschall **Mittergutsbesitzer v. Stableski** auf Zalesie zunächst dem von **St. Majestät** dem Kaiser und Könige zum Westlichen Geheimen Rath mit dem Prädikat Excellenz ernannten Landtagsmarschall königlichen Schloßhauptmann und Landrath **Herrn Freiherrn**

v. **Unruhe-Domst** den Glückwunsch der Versammlung zu der hohen Auszeichnung aus, wofür letzterer in warmen Worten dankte.

Demnach nahm die Versammlung von dem Bericht des Landeshauptmanns über die Invaliditäts- und Alters-Versicherung-Anstalt während der Zeit vom 1. Januar 1891 bis 31. Dezember 1892 Kenntniz.

Der Bericht hebt hervor, daß der Geschäftsgang ein außerordentlich reger, nach einzelnen Richtungen hin ein vollständig unerwarteter gewesen ist. Von den 110 075 Eingängen innerhab des Berichtabschnittes fielen auf das Kalenderjahr 1892 allein 64 084. Die Beamtenszahl ist im steten Steigen begriffen, am Schluß des Berichtabschnittes waren außer dem Landeshauptmann und drei oberen Beamten ohne Berücksichtigung der in der Kanzlei beschäftigten Kräfte im Bureau- und Registratur-Dienst 45 bis 50 Personen thätig.

Die Anstalt selbst ist in drei Abtheilungen getrennt, von denen die erste die Verwaltung der Organisation der Anstalt, der 38 Schiedsgerichte sowie der 702 Vertrauensmännerbezirke, die zweite alle Angelegenheiten und Besichtigungen (Ausgabe und Eingang der Quittungskarten, Kontrolle, Ordnungstrafen), die dritte die Alters- und Invalidenrenten umfaßt.

Im Jahre 1892 gingen rund 234 000 Quittungskarten ein, welche alle entwerthet werden mußten, ferner waren 1 113 000 Karten an etwa 1000 Ausgabestellen zu versenden.

Die im September 1891 begonnene Kontrolle zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung in der Provinz Posen umfaßt 45 Kreise, 24 578 Arbeitsgeber, 154 904 Versicherte und 605 Renteneinpfänger, dieielbe ergab rund 10 000 Kontraventionsfälle mit etwa 6000 Strafermittlungen.

Anträge auf Altersrenten wurden 13 305 gestellt, davon sind bis zum Schluß des Berichtabschnittes anerkannt 7706, abgelehnt 3474, in 1653 Fällen schwebte das Berufungs- und in 157 Fällen das Revisionsverfahren.

Anträge auf Invalidenrente wurden seit 1. Januar 1892 im Ganzen 1364 gestellt, davon wurden festgesetzt 191, abgelehnt 593. Berufungen schweben in 303 und Revision in 18 Fällen.

Der gesammte Markenerlös innerhalb des Berichtabschnittes belief sich auf 4 546 000 M.

Da der § 12 des Gesetzes vom 22. Juni 1889 der Anstalt unter gewissen Voraussetzungen die Befugnis giebt, auf ihre Kosten die Heilung der durch Krankheit mit Invalidität bedrohten Personen zu übernehmen, so wird die Erbauung eines eigenen Krankenhauses durch die Anstalt als ein Bedürfnis bezeichnet, welchem für die Zukunft zu genügen sein dürfte.

Die von den Städten **Wissa**, **Protoschin** und **Ditrowo** eingegangenen Gesuche, eine Abänderung des § 4 der Kreisordnung für die Provinz Posen vom 20. Dezember 1828 dahingehend herbeizuführen, daß den Stadt- und Landgemeinden eine größere Anzahl von Vertretern auf den Kreistagen eingeräumt werde, beschließt die Versammlung dem Provinzial-Ausschuß, welcher in eine sachliche Krüfung der Angelegenheit noch nicht eingetreten ist, zu überweisen.

Ferner werden das in Ausführung des Gesetzes vom 1. Juni 1891 (betreffend die außerordentliche Armenpflege) nothwendig werdende allgemeine Reglement sowie die speziellen Reglements für die Pflegeanstalt **Kosien**, die Arbeits- und Landarmenbäuer **Bojanowo** und **Fraustadt**, sowie das Landarmenhaus zu **Schrimm** beschlossen, damit deren Bestätigung durch die zuständigen Herren Minister herbeigeführt werden kann.

Um es den Landesbauinspektoren zu ermöglichen, entweder allgemein oder in speziellen Fällen die Bauten der Kreise und Gemeinden, soweit sie mit Kreisbeiträgen zur Ausführung gelangen, zu veranlagern und zu leiten, bevollmächtigt die Versammlung den Landeshauptmann, für jede Bauinspektion neben einem zur Bewältigung der Schreibarbeiten dienenden Kanzlisten vertragsmäßig noch einen technisch vorgebildeten Baufekretär mit einem Jahreseinkommen von 1600 bis 2400 Mark, im Durchschnitt 2000 Mark anzunehmen. Diese Organisation kann in denjenigen Bauinspektionen, welche neu besetzt werden, sowie in allen denjenigen Bauinspektionen, in welchen sich die derzeitigen Landesbauinspektoren ausdrücklich bereit erklären, ohne Anspruch auf persönliche Entschädigung, um als Theil ihres Amtes als Techniker der Kreise ihres Bezirkes in dem angegebenen Umfange zu fungiren, zur Durchführung kommen.

Bei einer Vermehrung der Bureaukosten der Landesbauinspektoren durch diese Thätigkeit werden die Kreise die Bauinspektoren nachweislich entstandenen Mehrkosten zu tragen haben und zwar so lange, bis eine entsprechende Erhöhung des Bureauversums Seitens der Provinz erfolgt.

Sofern für die Zukunft ein Bedürfnis nicht mehr vorliegt, daß die Landesbauinspektoren auch als Techniker der Kreise fungiren, weil letztere eigene Techniker anstellen, oder sollte aus anderen Gründen die Beschäftigung von besonderen Baufekretären bei den Landesbauinspektoren nicht mehr erforderlich sein, so soll der Landeshauptmann mit Zustimmung des Provinzial-Ausschusses berechtigt sein, nach Maßgabe der thatsächlichen Verhältnisse die Stellen der Baufekretäre bei den einzelnen Bauinspektionen wieder eingehen zu lassen und statt ihrer und der Kanzlisten wieder Bauschreiber nach den bisher gültigen Anstellungs- und Befolungsgrundsätzen anzunehmen.

Nachdem ein Gesuch um Wiedergewährung einer bereits zurückgezählten Brandentschädigung der Provinzial-Feuer-Sozialitäts-Direktion zur Berücksichtigung überwiesen, ferner einzelne Gesuche um Gehaltserhöhung, Gewährung von Unterstützungen bzw. Bewilligung einer ganzen Freistelle in der Irrenanstalt **Dwinsk** abgelehnt sind, beschließt die Versammlung, die dem Sanitätsrath **Dr. Wicherzkewicz** zu **Posen** für die Augen-Heil-Anstalt bisher gewährte jährliche Unterstützung von 10 000 Mark, für welche an mindestens 7500 Tagen unbemittelte Kranke der Provinz Posen unentgeltlich verpflegt werden mußten, auf 12 000 Mark jährlich unter der Bedingung zu erhöhen, daß jährlich 10 000 Tage hindurch unbemittelte Kranke unentgeltlich behandelt und verpflegt werden, und daß der Nachweis hierüber dem Landeshauptmann geführt wird. Letzterer hat mit dem **Doktor Wicherzkewicz** eine Vereinbarung zu treffen, inwiefern die Wiedereinzahlung aufgewendeter Verpflegungskosten Seitens der Provinz möglich ist.

Schließlich wird der Provinzial-Ausschuß ermächtigt, der **Strazewo-Cieslaer** Meliorationsgenossenschaft bis zur Tilgung ihres aus der Provinzial-Hülfskasse entnommenen Darlehns von 150 000 Mark weiter jährliche Zuschüsse bis zur Höhe von 3,96 Prozent des ursprünglichen Darlehnskapitals oder jährlich 5940 Mark 14 Jahre lang sowie eine Schlussrate von 1692,80 Mark zu gewähren. Ob der Provinzial-Ausschuß von dieser Ermächtigung Gebrauch macht und ob und in welcher Höhe er außer den bisherigen laufenden Zuschüssen noch weitere laufende Zuschüsse sowie einmalige Beihilfen von 19 713 Mark zuzusetzt, wird davon abhängig zu machen sein, ob und in welcher Höhe die königliche Staatsregierung der Genossenschaft weitere Beihilfen gewährt, welche die Durchführung des Unternehmens ermöglicht, ohne die Leistungsfähigkeit der Genossenschaft über ihre wirtschaftlichen Kräfte hinaus anzuspannen.

Nächste Plenarsitzung: Mittwoch, 8. März, Vormittags 11 Uhr.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 7. März. Die Eisenbahndirektion **Breslau** macht bekannt: Am 5. d. M. Abends gegen 6 1/2 Uhr ent-

